

Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722  
Postfachkonto: Dresden Nr. 14707

Redaktion und Geschäftsstelle  
Dresden K. 16, Holbeinstr. 48

# Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich bei Haus Abgabe 12.75 M., Abgabe 11.25 M.  
einschließlich Postgebühren. Preis der Einzelnummer 30 Pf.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Werbeanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die  
Werbungsstelle aller Anzeigen 1.40 M., im Restatell 3.50 M. - Für unentgeltlich gelieferte Texte durch  
Schriftführer aufgetragene Anzeigen können die Verantwortlichen für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen!

## Schutz des Staates

Die politische Lage hat durch den Mord bei Giesbach eine Wendung zu kritischer Verschärfung erfahren. Täglich mehrten sich die Anzeichen dafür, wie tief die Rückwirkung der furchtbaren Tat auf das politische Leben in Deutschland ist. Auch der Zweifler aber derjenige, der mit nachlässiger Handbewegung über die geschehenen Ereignisse hinweggehen möchte, kann sich von dem Ernst der Lage überzeugen, wenn er feststellt, daß unter dem Eindruck der Mordtat sich die beiden sozialistischen Parteien zu gemeinsamen Vorhaben und gemeinsamer Aktion entschlossen haben. Denn es dürfte ein nicht zu unterschätzendes Symptom für die politische Auswirkung der Tat sein, wenn, wie das geschehen ist, die Vertreter beider sozialistischer Richtungen gemeinsam beim Reichstagsparlament vorzutreten gedenken, um ihm ihre gemeinsamen Wünsche vorzutragen. Es bedarf nur knapper Erwähnung, was dies für eine Bedeutung hat. Zwei Parteien, die vor der Tat innerlich getrennt, bisweilen noch in recht loser Verbindung zueinander standen, haben nach der Tat den Weg zu gemeinsamen Handeln gefunden. Die nächste Konsequenz dieser Tatsache allein mag allen denen, die noch zu leben vermögen, wie die Dinge wirklich sind, in aller Deutlichkeit zeigen, wo wir im Augenblick stehen. Das gewöhnliche Treiben parlamentarischer Kreise und ihrer Abgeordneten hat täglich das politische Leben verflüchtigt, hat neue ernste Gefahren für Volk und Staat heraufbeschworen. Nicht die Sache allein, wenn auch die Personen hat man vernachlässigt. Denn wie oft sind nicht die letzten Kräfte am Ende zum Verhängnis gefallen und sich ebenso unter dem Vantag der Demokratie für die Wiedererrichtung des Vaterlandes einsetzten, in einer Weise heruntergeworfen worden, die jedem ausübenden deutschen Menschen die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Auf solchem Boden ist der politische Mord zu wachsen. Aus diesem Grunde sind wir so weit gekommen, daß unsere heutige Lage veranschaulicht viel schmerzlicher heißt, als den Taten, wo Deutschland erschüttert wurde, durch das Hinterwälderische Treiben des Mord und seiner Hintermänner.

Den furchtbaren Ernst unserer Lage hat die Reichsregierung wohl und ganz erkannt. Vor Antrag und ihrer Verordnung zum Schutz und zur Sicherung des verfassungsmäßigen Bestehens im Reich trafen die deutschen Reichstagen. Aber die Not des Landes hat die Regierung zu diesem einschneidenden Schritt gezwungen. Denn je viel ist gewiß, daß die wohlgeleiteten Schritte, die im Schwarzwald gefaßt sind, nicht allein der Person des Ermordeten galten, sondern daß sie sich richteten ebenso sehr gegen die Republik und ihre Reichsregierung. Es wird die Verurteilung der Reichsregierung zu einem Akt republikanischer Mäßigkeit. Aber nicht minder ist diese Verurteilung auch das Zeichen für die Stärke der Regierung. Sie schließt zum Handeln und zur Tat, sie schließt den Staat durch die ihr verfassungsmäßig zur Verfügung stehenden Mittel der Abwehr. Denn noch ist es nicht gewiss, was die kommenden Wochen an neuen Ereignissen in sich bergen. Um so notwendiger erscheint es uns, daß die Regierung nicht zögert und nicht zögernd sei, wenn es gilt, die gefährliche Ordnung des Staates mit allen Mitteln zu erhalten. Das Zentrum hat das Weimarer Verfassungswort auf sich zu nehmen. Das Zentrum wird mit der ganzen Kraft seines Einflusses dafür einzusetzen wissen, daß diesem Verfassungswort die notwendige Achtung zuteil wird. Es wird jeden Schritt der Regierung unterstützen, der dem Schutz der deutschen Reichsverfassung gilt. Und es gibt darum keine geringere Pflicht und keine höhere Aufgabe für den Stenografen, als auszufragen, festzuhalten und durchzusetzen. Wie sind gewiß, daß seine Freunde selber hinter ihm stehen denn je. Soeben hat die Deutsche Reichsregierung ihren Auftrag an alle ihre Freunde und Anhänger erteilt. Mit offenem Recht wendet sie sich darin gegen den leidenschaftlichen Haß, gegen den Lug und die Verleumdung, womit die öffentliche Meinung vergiftet wird, und aus denen heraus der gemeine Mord entspringt. Die Reichsregierung richtet aber in diesem Auftrag ihren Blick auch nach vornwärts. Sie bittet und beschwört darum das gesamte deutsche Volk, unabhängig von aller politischen Leidenschaft, von aller persönlichen Verleumdung, und den Geist zu heilen, der solche Furcht erregt. „Wer es gut mit unserem Volke meint, der bewahre es vor innerer Erschütterung, der trete endlich auf den Boden der Verfassung, die das deutsche Volk und alle seine Stämme in freier Selbstbestimmung sich gegeben haben. Für Verfassungskämpfe ist heute weniger Raum denn je. Aufbauende Arbeit sei der Volkssprache.“ Das Verfassungswort also muß für alle, die zum Zentrum gehören, das Bollwerk sein, das uns die Reichsregierung des Staates erhält.

Von Frankfurt aus, dort, wo die Katholiken des gesamten Deutschlands tagen, kommt dieser Ruf, der sich darum mit der gleichen Eindringlichkeit richtet an das gesamte katholische Volk, das in jenen Tagen von Frankfurt wiederum keine unerschütterliche Einigkeit beweisen hat. Auch das Reiches Zentrum hat in Frankfurt gewelt. Und gerade er ist dort hingewelt, um von dieser sichtbaren Stelle aus den Gemeinschaftsgedanken zu betonen, den Gedanken der Verfassung zu stärken und aufrichtig zum Ausdruck zu bringen. Alle, die sie dort verkannt waren, haben seine eindringlichen Worte gehört und sie mit einem Gefühl erfüllt, aus dem wir schließen dürfen, daß es niemanden mehr aus ist, der nicht zu seinen Worten stünde. In Frankfurt hat sich das katholische Volk in Frankfurt versammelt. Der Süden mit dem Norden, der Osten mit dem Westen. Und es war vielleicht kein Zufall, daß der Reichstagsparlament sich einen Gedanken erteilte, der zu den Führern gerade der bayerischen Katholiken schickte. Auch davon erzählt zum Reich und auch Bayern hat sich der Verfassung verpflichtet. Vielleicht dürfte es da nicht möglich sein, in allem Ernst und in aller Offenheit auf Dinge hinzuweisen, über die einmal gesprochen werden muß.

Den nächsten Anlaß hierzu bietet ein Artikel der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 28. August, der eine längere Ausführung über den Mord von Giesbach enthält. Wie wir schon schon wissen, daß nicht überall auch im katholischen Lager die Verfassung des Abgeordneten Erberger in gleicher Weise beurteilt worden ist, wie wir schon schon wissen, daß sich auch Gegner einer Politik auch in Bayern fanden. Aber wir wissen auch, daß dies dem bayerischen Staatsorgan nicht das Recht geben darf, den durch solche Untat aus dem Leben gerissenen Erberger noch über seinen Tod hinaus zu verunglimpfen. Oder ist es nicht eine beschämende Handlungsweise, wenn es in jenem Artikel der Nr. 198 der „Bayerischen Staatszeitung“ heißt: „Erberger ist in erster Linie ein Mörder am Ausgang des Weltkrieges.“ Wenn er in jenem Regierungsdokument als „Schädling seines Volkes“ bezeichnet wird. Mit Recht erhebt sich da die Frage, ob denn die Katholiken Bayerns noch irgend einen Einfluß haben auf den Staat, ob sie nicht empfinden und fühlen, wozu ein solcher Mord und führen muß. Die Geschichte Bayerns werden nicht unmaßgeblich beeinflusst von der bayerischen Volkspartei. Auch in ihren Kreisen werden noch die Männer des alten bayerischen Jentrums. Werden sie es dulden wollen, daß ihr Glaubensgenosse, der eines so furchtbaren Todes dahingerafft worden ist, noch nach seinem Tode beschimpft wird? Wir sind überzeugt, daß nach dieser furchtbaren Verletzung der Erberger Angelegenheit das Verhältnis für die Einheit des katholischen Volkes von neuem zum Ausdruck kommen muß. Denn nach furchtbarem Mord mit dem Ende des Lebens zugleich auch der Widerstand abgeklungen, der sich um die Person erhoben hat. Wir nicht helfen wir darum die Frage, was das katholische Volk zu jener Haltung der „Bayerischen Staatszeitung“ zu sagen hat. Es gibt eine bayerische Frage im Reich. Was kann sich der Bevölkerung für die Zukunft nicht erweisen, wenn man bestreitet, daß man in Bayern die Organe der Presse unterstützt und in gleicher Zeit den Reichshäuptern die Treue hält, Mord und Mordtat zu predigen. Die Spannungen, die sich daraus ergeben müssen, sind nicht leicht gelindert, zu schwerwiegenden politischen Entscheidungen zu führen.

Die Tat im Schwarzwald und ihre politischen Folgen, die sie setzen kann, müssen uns alle zur Selbsterziehung bringen und uns zeigen, wozu ein solcher Mord führt. Man hat vergessen, was uns Zentrum zur Verhütung des Mordes und für das Vaterland getan hat. Man hat nicht beachtet und nicht beachtet werden, daß vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus das Zentrum Mord und Mordtat nicht erlauben konnte, um die Säule im Reich für eine furchtbare und blutigen Opposition hinzusetzen. Das Zentrum hat diesen Mord nicht gewollt, es hat ihn nicht dulden können, weil ungesetzlich, Verfassungswort und Verstoß im Reich im Reich ist, die Tat zu geschehen, was es nicht sein. Das eine unerbittliche Wort dieses Mord unter Umständen für die Verhütung des Mordes veranlassen zu werden. Das darf nicht vergessen. In diesen Tagen wollen wir nicht bei der Frage stehen, ob es ein Mord ist in diesem Reich nicht mehr beantwortet kann, demgegenüber die Verfassungswort zu setzen, deren Organe der Unterstützung des Staates und der Verhütung ihres Schicksals dienen. Wäre der politische Mord im Schwarzwald auf der bayerischen Katholiken nicht ohne Einfluß gewesen? Dann wird der Tod Erbergers eine andere Wirkung haben, als wie es die bayerische Staatszeitung und verunglimpfen hätte.

## Der Mord als politisches System

Unter dieser Überschrift schreibt Dr. Ernst Jodet in „Berliner Tageblatt“ u. a. folgendes:

Die haben wieder nach einer unglücklichen Tat über die lange Reihe unglücklicher Gewalt- und Mordtaten, die sich der Revolution, die nach der Aufrichtung der Verfassung begangen worden sind. Wir wissen uns daher rechtlich und politischen Zusammenhänge zu bedenken. Eine solche gibt es zum Beispiel in jenem Bericht über die Verhütung des Mordes, das kürzlich im Verlag E. Berger u. Sohn, Berlin 28, 62, erschien. Die furchtbare, kommentarlose Handlung beginnt mit der Verurteilung der „Sozialwärts“-Schriftleitung und der Ermordung Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Marie Curie, Anfang 1919 und führt uns dann den langen Weg der in den folgenden zwei Jahren „Standrechtlich“ oder nach internationalen Erkenntnissen oder richtiger, auf der Hand zu gehen oder im Geheimnis geschieden, zu Tode getragenen oder ertrunkenen Verurteilten vor Augen. Die Verbrechen werden in die von rechts begangenen politischen Mord und die von links begangenen politischen Mord“ eingeteilt. Das Ergebnis ist folgendes: „Von rechts“ sind in der Zeit vom Januar 1919 bis März 1921 314 Tötungen begangen worden. Als Gesamtzahl für 314 Verurteilungen wurde eine lebenslängliche Gefängnisstrafe und 31 Jahre 3 Monate Freiheitsstrafe verhängt, im übrigen wurden die Täter freigesprochen, nicht ermittelt oder nicht gefaßt. Die „von links“ begangenen politischen Mord wurden auf 11 herabgesetzt. Als Strafe wurden mit Todesurteil und 12 Jahre 10 Monate Freiheitsstrafe ausgesprochen. Zusammenfassend stellt Gumbel fest, daß in den Jahren 1919 und 1920 durchschnittlich beinahe auf jeden zweiten Tag ein ungesetzlicher Mord von rechts kommt. Diese private Zusammenfassung gibt, was sie nicht in allen Einzelheiten eingehen kann, gewiß ein richtiges Gesamtbild. Aber trotzdem wäre es außerordentlich erwünscht, wenn die Reichsregierung möglichst bald mit Hilfe aller amtlichen Quellen eine authentische Darstellung aller dieser Verbrechen geben würde, um jede Verleumdung und Umkehrung des Zusammenhanges für allemal unmöglich zu machen. Eine solche Darstellung hat leider nicht nur historisches, sondern auch ein sehr lebhaftes aktuelles Interesse. Denn seit Gumbel sein Buch „Der Mord an Karl Liebknecht“ fertiggestellt hat, das dritte Jahr lang bekannt.

Na, es gibt sogar Organe, die beinahe triumphierend auf den politischen Hintergrund der Mordtat hinweisen. Das „Deutsche Tageblatt“, das von einem deutschen Reichstagsabgeordneten namens Reinhold Müller geleitet wird, erklärt es abschließend für überaus natürlich, daß Richter und Anwälte hier seines Amtes gewaltet hat, blüht den „Deutschen, die aus Vaterlandsliebe handeln“, wiederum Hinweis, in und nicht selber von dem Ausbruch eines Mordes, eines Verbrechen aus dem Blick, der dem „Gund Erberger“ stand und erklärte: „Wir sind unserer Einsicht und haben es uns entschlossen, dem der Mann zuerst unter den Mordverurteilten kommt, an dem fürchtet! Das ist unser Eid.“

Wir müssen annehmen, diese Erklärung des „Deutschen Tagesblattes“ ist beinahe jenseitig als die Rede des etwas

gemäßigteren deutschnationalen Presse, die zwar Worte der Verurteilung für den Mord formuliert, aber nicht den Mord hat, die tieferen Ursachen der Mordtat und die Mitschuld der nationalistischen Deber aufzudecken. Die „Deutsche Zeitung“, die von einem ehemaligen Pfarrer (Maurenbrecher, D. Hieb.) geleitet wird, nennt zwar, um sich zu kalibrieren, den Mord „entschieden verdammenswert“, spricht aber im übrigen lediglich ihren Abscheu aus gegen den Versuch, das Verbrechen als Grundlage für Parteitagitation auszunutzen. Die „Kreuzzeitung“, die an ihrer Spitze das Leitwort führt: „Gerechtigkeit ist Gott für König und Vaterland!“ will an einen politischen Mord nicht glauben. Ihr zufolge „erinnert der Tod Lebach“ an den Mord an dem die Väterzeitung hatte und Werner bei Heidelberg zum Opfer fielen — offenbar deshalb, weil der antitische Bericht feststellt, daß im Fall Erberger ein Mordmord nicht vorliegt. Der „Reichshof“ erklärt, daß durch Erbergers Tod Deutschland vor einem Bürgerkrieg bewahrt geblieben ist — offenbar deshalb, weil der furchtbare Mord der durch das deutsche Volk nicht, nur deutlicher geworden ist als bei dieser Gelegenheit. Die „Deutsche Tageszeitung“ endlich meint in ungewöhnlicher Form, daß der Mord, der gegen Erberger geschah, wurde, ein Mord mit politischen Absichten war, und daß der Mord nicht damit zu tun habe.

In der „Berliner Volkszeitung“ fragt der als „gezeichnete Kritiker“ „Wie lange noch?“ Er schildert die Situation, die durch die Ermordung Erbergers verursacht worden ist und führt fort:

Der Gesamtzustand, in dem eine gewöhnliche Demokratie, um von der eigenen unglücklichen Lage vom Vaterlande dreist abzuwenden, einen Teil unserer Völker heranzieht hat, ist die Atmosphäre, in der politische Mordtaten werden müssen. In dem Bericht unseres Korrespondenten über den Reichstagsparlament im Stadion von der Ansicht eines „Lebens“, „Mordtaten bezeichnet. Wenn das eine Erberger ausbricht! Der Wunsch der lebenden Demokratie ist nicht in Erfüllung gegangen, und wir würden uns nicht wundern, wenn heute aus deutschnationalen Kreisen die Forderung heranzöge, daß der Mord nicht nur ein Verbrechen ist, sondern ein Verbrechen, das in einem Teile des Volkes noch eine Bestätigung findet. Der Mord hat sich nicht nur als Verbrechen, sondern als ein Verbrechen, das die öffentliche Meinung zu einer Bestätigung veranlaßt. Unfortunat, Soldaten stellen im Vaterland einen der politischen Mordtaten, in dem zum „Abwachen“ Walter Rathenau angeschlossen wird, und feindlich der Reichstagsparlament hat auf, den entsprechenden Teil ihrer Mitglieder neuwachen abzuhalten. Die Mordtaten sind ein Verbrechen.

In der „Berliner Volkszeitung“ wird gefragt: „Wer die Bestimmung der letzten Jahre zurückzublicken, erwidert geradezu vor diesem Aufwand an Energie und Strapazen, so ist es, der gemacht wurde, um einen einzelnen Mann zu verurteilen, man! abschließen, ob der frühere Reichstagsparlament an Vaterland etwas tat oder unterließ, redete oder schweig, auf der Hinterbank sah oder im furchtbaren Überland der furchtbaren Mordtaten, die ihn abgeführt haben, in furchtbaren Mordtaten, Mord und Ermordung laßt. Niemand vorher hat es eines Bestimmung für Deutschen Mord gegeben. Es ist kein Zufall, daß in unserer Zeit eine unerschütterliche Mordtaten, die die öffentliche Meinung unter die Kontrolle politisch redend, unerschütterlich mächtiger Personen gebracht wurde. Die Tat, die da gefaßt wurde, ist aufgegeben. Aber der Tod Erbergers wird sich nicht nur als ein Verbrechen, sondern als ein Verbrechen, das die öffentliche Meinung zu einer Bestätigung veranlaßt.

## Eine ungeheuerliche Unterstellung

In ihrem, allerdings berechtigten Bemühen, die zum mindesten intellektuelle Weltanschauung an dem Mord an Erberger, hervorgerufen durch eine beispiellose und oft genug denkwürdige, aber gewalttätige Bestätigung dieses verurteilten Mannes anspielende Debatte, von sich abzuwenden, ist ein Teil der deutschnationalen Presse auf eine sehr merkwürdige Idee verfallen. Danach sollte die Tat — im Lager des Reichstagsparlament zu finden sein. Man höre folgende Meldung, die von Berlin ausging und in zahlreichen deutschnationalen Blättern im Laufe am Tage nach dem Mord zu lesen war:

Die Ermordung Erbergers wird hier in politischen Kreisen natürlich lebhaft erörtert. Während die einen sie als die Wahntat eines politischen Mordes, von Verurteilten ihrer gefährlicher und sich als Helde nach dem Mord Wilhelm Tell verurteilten Mordtaten einzuweisen, wobei von der Tat die Schuld den Weimarer Erbergers im Lager der Reichsregierung in die Hände geschoben wird, suchen andere die Tat im Lager des Reichstagsparlament. Sie folgern für Erberger hat innerhalb des Zentrums immer schon zahlreiche Gegner, zu denen die Kreise um Spahn und Scheubach gehören. Die unerschütterliche politische Kräfte, die ihm aufgekommen war, weil das Ergebnis der Untersuchungen über seine private und politische Tätigkeit ihn auch im Zentrum unmöglich machte, bezogte er sich in neuen Zusammenstellungen innerhalb des Zentrums unter dem Namen: „Christlicher Sozialismus“. Dadurch war der Zusammenhalt im Zentrum gefährdet, zumal der Tod so bewandeter Führer wie Spahn (Der V. dieser dieser Unterstellung meint hier wohl den verurteilten Abgeordneten Erbergers). Ob sei Dank hat die in letzter Zeit von so furchtbaren Verurteilungen betroffenen Zentrumspartei noch den Abgeordneten Spahn als Führer und sie hofft, daß sie sich nach lange seines Verlustes erholen kann. D. V. und seines in Aussicht genommenen Vorstehenden „Vaterland“ heraus hat. So war Erberger ebenso eine Gefahr für das feste Gefüge des Zentrums wie für das Reich. Es ist also sehr wohl möglich, daß Zentrumspartei, bei dem bekannten Mordtaten der Weimarer, an der unglücklichen Tat geknüpften sind, um die Partei zu retten, die sie bedroht haben.

Was welcher Quelle dieses Ereignisses stammt, wird sofort klar, wenn man das Zentrum von dem bekannten Mordtaten